

## EU: Mehr Engagement in Bildung und Forschung

### **Auf Einladung von CDU-Bundespräsident Horst Köhler waren sechs seiner europäischen Amtskollegen in Berlin zusammengekommen, um über den weiteren Weg eines vereinten Europas zu diskutieren**

Bundespräsident Horst Köhler und sechs seiner europäischen Amtskollegen haben die EU-Mitgliedsländer zu mehr Investitionen in Bildung und Forschung aufgefordert. Das sei auch ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Präsidenten nannten den Inhalt der EU-Verfassung gut und sprachen sich zur Fortsetzung des Dialoges aus.

Auf Einladung von Köhler waren die Präsidenten von Ungarn, Österreich, Portugal, Italien, Finnland und Lettland in der Hauptstadt zusammengekommen, um über den weiteren Weg eines vereinten Europas zu diskutieren. Zentraler Punkt des Treffens war eine Diskussion mit Jugendlichen, die ihre Vision von Europa darlegten.

Köhler sagte, das dringlichste Problem in Europa sei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Mit dem Lissabon-Prozess seien richtige strukturelle Zeichen gesetzt worden. Die Regierungen der Mitgliedsländer müssten jetzt ihre Hausaufgaben machen und selbst das Arbeitsmarktproblem anpacken. „Europa ist Freiheit verbunden mit sozialer Gerechtigkeit“, betonte Köhler.

Köhler zeigte sich erfreut, dass er in der Diskussion mit den Jugendlichen überwiegend Optimismus in Bezug auf die Zukunft Europas erlebt habe. In der Runde erinnerte er an die gemeinsamen Werte, die Europa verbänden. Kaum eine Region auf der Welt habe so eine lange Phase des Friedens erlebt, sagte Köhler. Besonders in Berlin mit seiner im Krieg zerstörten Gedächtniskirche werde die Bedeutung des Friedens deutlich.

Die Studenten ihrerseits wollten eine Erhöhung der Bildungsausgaben der EU-Länder auf fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Sie sprachen sich für mehr Austauschprogramme aus, nicht nur zwischen Jugendlichen, sondern zwischen allen Bevölkerungsschichten. In einem direkt gewählten Bundespräsidenten sahen sie die Chance auf mehr Identifikation der Bürger. Ein europäischer Medienkanal solle ein Gemeinschaftsprojekt der Mitgliedsländer und zukunftsweisendes Beispiel sein. Köhler sagte, einen Großteil der Forderungen könnten die Präsidenten so unterschreiben.

Außerdem sagte Köhler, dass die Meinungsfreiheit unverzichtbarer Bestandteil europäischer Demokratie sei. „Aber zur Freiheit gehört auch Verantwortung und Respekt vor den Anderen und deren religiösen Gefühlen.“ Europa müsse gerade jetzt einen wichtigen Beitrag zum Dialog der Kulturen und Religionen leisten und alle Möglichkeiten dafür nutzen. „Wir müssen zum Ausdruck bringen, dass wir Respekt haben, aber auch, dass wir Gewalt und Zerstörung nicht akzeptieren“, sagte Köhler.

Nach: Die Welt, 5. 02. 2006, 2703 A., 3\*11